

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Samstag, 11. Dezember 1971

Blatt 3574



Weitere Forcierung der Sozialarbeit
=====

3. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 11.12. (RK) Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen.
Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ).

Einnahmen: 258,354.400 Schilling, Ausgaben: 1.186,213.900
Schilling.

Die Sozialarbeit in Wien wird auch im kommenden Jahr weiter forciert werden, teilte Stadträtin Maria Jacobi am Beginn ihrer Budgetrede mit. Für die Tätigkeit des Wiener Wohlfahrtsamtes sind 1972 insgesamt 1.186,2 Millionen Schilling vorgesehen, was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 11,9 Prozent gleichkommt. Rechnet man dazu noch die Beträge für Investitionen, die die Stadt Wien für die Fonds "Kuratorium Wiener Pensionistenheime" und "Kuratorium Wiener Jugendheime" gewährt, so erhöht sich der gesamte Sozialaufwand auf 1.265,5 Millionen Schilling.

Vergleicht man diesen Sozialaufwand mit dem anderer Städte, so wäre zu diesem Betrag noch die Summe von 447,9 Millionen Schilling hinzuzufügen, die für die Wiener Altersheime im Kapitel Gesundheitswesen budgetiert ist, da der Aufwand für Altersheime überall in der Welt im Sozialbudget aufscheint. Damit erreicht das Sozialbudget einen Anteil von 8,4 Prozent des Gesamtbudgets.

Nach einem Finanzbericht des Internationalen Gemeindeverbandes liegt Wien damit nicht nur wesentlich höher als vergleichbare deutsche Städte, wie etwa Hamburg und München, wo dieser Anteil zirka sieben bis acht Prozent beträgt, sondern sogar mit Schweden auf einer Ebene.

./.

Im Laufe ihrer Ausführung kam die Stadträtin auch auf das neue Sozialhilfegesetz zu sprechen, um dessen Neufassung sich die Konferenz der Sozialreferenten seit mehr als einem Jahrzehnt bemüht. Ein Mustorentwurf eines solchen Gesetzes wurde bereits fertiggestellt, der für Wien nun die Möglichkeit ergibt, einen eigenen Entwurf, der insbesondere organisatorisch die Stellung Wiens als Bundesland und Gemeinde berücksichtigt, auszuarbeiten. Derzeit noch in der Begutachtung wird dieser Entwurf voraussichtlich schon im kommenden Jahr zur Diskussion und Beschlußfassung zugeleitet werden.

Im einzelnen sieht das Budget allein bei der Wohlfahrtspflege eine Steigerung von 44 Millionen (+ 19,6 Prozent) vor. Für die Pensionistenklubs sind im kommenden Jahr 9 Millionen vorgesehen. Der Mehraufwand von 1,2 Millionen ist durch die Vermehrung der Klubs von 122 auf 125 bedingt. Insgesamt rechnet man für die kommende Betriebsperiode mit etwa 7000 bis 7500 täglichen Besuchern. Eine enorme Steigerung sei auch für die Wohlfahrtskrankenhilfe zu verzeichnen, die mit 30,7 Millionen Schilling, um mehr als 9 Millionen höher dotiert wird. Während die Kosten für die ärztliche Behandlung relativ geringfügig sind, nahm die Tätigkeit der Hauskrankenpflege massiv zu. Heimhilfe, Hauskrankenpflege und Essen auf Rädern haben an Umfang gewonnen. Daher ist im kommenden Jahr ein Aufwand von 22,7 Millionen vorgesehen. Die Aktion Essen auf Rädern - mit privaten Verbänden durchgeführt - betreute im November mehr als 2300 Personen. Die Heimhilfe und Hauskrankenpflege werden ihre Leistungen von (1969) 240.000 Stunden auf voraussichtlich 340.000 in diesem Jahr erhöhen.

Der Personenkreis, der im Rahmen des Behindertengesetzes betreut wird (vorgesehener Kostenaufwand 46 Millionen Schilling), ist mit rund 900 seit einigen Jahren stabil. Für die Novellierung des Behindertengesetzes wurden die Vorarbeiten bereits in Angriff genommen. Ein Kernstück der Novelle soll die Einführung der Maßnahmen im Sinne des Behindertengesetzes für Hilfsbedürftige Personen sein, die nach den derzeitigen Rechtsvorschriften weder Leistungen aus dem Behindertengesetz, noch nach den Sozialversicherungsvorschriften erhalten können.

Die Errichtung von Sozialberatungsstellen in allen Wiener Bezirken habe sich als richtig erwiesen, erklärte Frau Jacobi.

Sie wurden in diesem Arbeitsjahr von rund 3400 Ratsuchenden aufgesucht. Wie wichtig die Information der Wiener Bevölkerung über die sozialen Hilfen der Stadt Wien (Informationskarten) war, wurde durch die deutlichen Frequenzsteigerungen, vor allem bei den Beratungsdiensten sowohl der Erwachsenenfürsorge als auch des Jugendamtes und der Inanspruchnahme des sozialen Notrufes gezeigt.

Im kommenden Jahr und zwar im Frühjahr werde das Pensionistenheim Favoriten für 250 Pensionäre zur Verfügung stehen. Im Bau befinden sich zwei weitere Pensionistenheime und zwar in der Großfeldsiedlung und in der Thürndlhofstraße, mit deren Fertigstellung ebenfalls im kommenden Jahr zu rechnen ist. Mit Beginn des kommenden Jahres wird darüberhinaus mit dem Bau von zwei weiteren Heimen im 14. Bezirk und im 15. Bezirk begonnen werden. Ein weiteres Objekt und zwar im 23. Bezirk, befindet sich zur Zeit in Planung.

Für die Jugendfürsorge stehen insgesamt 743,4 Millionen zur Verfügung, wobei die Kindertagesheime, für die allein 330,2 Millionen Schilling aufgewendet werden, Vorrang genießen. Insbesondere wird man bemüht sein, die neuen Siedlungsgebiete entsprechend zu versorgen. So sind für die Fertigstellung und den Bau von neuen Kindertagesheimen insgesamt werden elf entstehen, 41,1 Millionen Schilling vorgesehen. Das Intensivprogramm für basale Begabungsförderung, das zum Ziel hat, im Hinblick auf eine Chancengleichheit Milieubarrieren abzubauen, wird derzeit in 22 Halbtagsgruppen sowie in 20 Ganztagsgruppen für Fünf- bis Sechsjährige und in 20 Familiengruppen mit Erfolg durchgeführt.

Als erfreuliche Entwicklung bezeichnete Stadträtin Jacobi auch die Tatsache, daß es in letzter Zeit gelungen sei, die Zahl der Absolventen in den verschiedenen Lehranstalten für Sozialberufe zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Errichtung einer neuen zentralen Schule für Sozialberufe im 21. Bezirk hin. Diese Schule wird insgesamt 980 Schüler aufnehmen können.

Derzeit befinden sich 5489 Kinder in der Obhut der Stadt Wien, davon 3557 in Heimen und 1932 bei Pflegeeltern. Insgesamt stehen für Pflegekinder 189,1 Millionen zur Verfügung.

Der Aufwand für die städtischen Heime für Kinder und Jugendlichen beträgt im kommenden Jahr 196,2 Millionen. Der Betrag soll dazu

dienen, eine weitere Verbesserung der Situation in den Heimen durchzuführen. Dazu hat die, von der im Frühjahr abgehaltenen Enquete über aktuelle Fragen der Heimerziehung, die sich aus Wissenschaftlern und Praktikern zusammensetzte, eine Reihe realisierbarer Vorschläge ausgearbeitet. Als erste Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation haben die Beratungen der Kommission unter anderem die Notwendigkeit ergeben, die Gruppenzahl zu reduzieren.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Weiterer Ausbau des Gesundheitsdienstes
=====

3. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 11.12. (RK) Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen.
Referent: Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP)

Einnahmen 1.488,683.300 Schilling, Ausgaben 3.259,979.800
Schilling.

Die Gesundheitssicherung der Bevölkerung sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspolitik, erklärte Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück in seiner Budgetrede. Dies treffe im besonderen Maße auch auf die Vorsorgemedizin zu, zu der die Vorbeugung von Krankheiten und die Früherfassung beginnender Erkrankungen zählen. So werde man auch im kommenden Jahr verschiedene bereits bewährte Aktionen des Gesundheitsdienstes fortführen und weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Stadtrat unter anderem die Polio-Schutzimpfung und eine für das Frühjahr 1972 geplante Tetanus-Impfaktion. Weiter eine Fortsetzung des Ausbaues der Referate für Krebsfürsorge sowie verschiedene Leistungen des schulärztlichen Dienstes, der von Jahr zu Jahr an Umfang zunimmt. Unter anderem ist im Jahr 1972 auch damit zu rechnen, daß wieder weit mehr als 100.000 Kinder zahnärztlich untersucht werden müssen. Von den Fachärzten in den Jugendzahnkliniken wurde dabei festgestellt, daß die Behandlungsbedürftigkeit ungefähr 25 Prozent beträgt. Die Karieshäufigkeit ist um 50 Prozent gesunken.

Eingehend beschäftigte sich Dr. Glück auch mit dem Kapitel "Rauschgift und Drogen", wobei er betonte, daß die Bestimmungen der Suchtgiftgesetznovelle 1971, die am 1. 9. 1971 in Kraft getreten ist, entscheidende Mehrarbeit für die psychohygienischen Beratungsstellen mit sich bringen werden.

Seit Jänner 1971 erhält jedes in Wien zur Welt gekommene Kind einen Gesundheitspaß. In diesen Paß sollen alle wichtigen medizinischen Daten eingetragen werden.

Gleichzeitig damit wurde auch eine kleinformatische Notfallkarte aufgelegt, die der Erwachsene stets bei sich tragen soll. In dieser sind die Daten vermerkt, die es bei einem Unfall oder bei plötzlicher Krankheit dem Erste Hilfe-leistenden Arzt möglich machen, wirkungsvolle Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Im kommenden Jahr wird diese Notfallkarte in allen Apotheken aufliegen. Ebenso wird der seit Jahren bestehende Schwangerenpaß derzeit umgearbeitet und verbessert.

Zum Kapitel Spitäler: Im Jahr 1972 wurden 11.127 Betten für akut Erkrankte zur Verfügung stehen. Pro Patient und Tag ergeben sich bei 3,250.000 Pflagetagen Ausgaben ohne Investitionen von 642 Schilling, mit Investitionen von 738 Schilling. Von den Ausgaben entfallen allein auf Personalkosten 1,4 Millionen. Trotz Rationalisierung und Modernisierung erfordern der Betrieb und die Erhaltung der Krankenanstalten von Jahr zu Jahr einen höheren Aufwand. Auf dem Inventarsektor werden 61,8 Millionen für die Erhaltung und 35,6 Millionen für die Anschaffung medizinischer Apparate erforderlich sein.

Für die bauliche Erhaltung in den städtischen Krankenanstalten sind 39,2 Millionen vorgesehen und für die baulichen Herstellungen 276 Millionen. Von den letztgenannten Beträgen erhält allein das Allgemeine Krankenhaus 145 Millionen, davon 120 Millionen als weitere Rate für den Neubau. Baulich fertiggestellt wird die 1. Chirurgische und die 1. Universitäts-Frauenklinik. Das Bestrahlungszentrum der 1. und 2. Universitäts-Frauenklinik wird Anfang März 1972 seiner Bestimmung übergeben werden. Für das zweite große Bauvorhaben, den Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung, sind für das Jahr 1972 60 Millionen Schilling vorgesehen. An der Fertigstellung des Rohbaues des Bettenhauses wird derzeit noch gearbeitet.

Im weiteren Verlauf seines Referates beschäftigte sich der Gesundheitsstadtrat mit dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, dessen Schwerpunkt derzeit in der Ausrüstung der Ambulanz-Wagen zur Sofortbehandlung bei aktuellem Herzalarm liegt.

Die städtischen Altersheime sind für 1972 mit mehr als 30 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen dotiert. In Lainz, in Baumgarten, im Rochusheim und im Altersheim Liesing werden umfangreiche Arbeiten weitergeführt beziehungsweise abgeschlossen. Was das neu zu bauende Altersheim Süd betrifft, so wurde das Raum- und Funktionsprogramm bereits ausgearbeitet und weitergeleitet.

Als wichtige Aufgabe auf dem Krankenhaussektor bezeichnete Dr. Glück auch die Heranziehung und Ausbildung des Nachwuchses. Auf dem Pflegesektor ist jedoch voraussichtlich mit einer Verschärfung der Personalsituation zu rechnen, da der Bedarf an geschultem Pflegepersonal von Jahr zu Jahr steigt. So fehlen derzeit bereits über 300 Schwestern. Eine gewisse Entschärfung könnte zweifellos die Tatsache bringen, daß das Krankenpflegepersonal mit 1. Jänner 1972 finanziell wesentlich bessergestellt sein wird.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

wochenprogramm der wiener stadthalle

4 wien, 11.12. (rk) in der wiener stadthalle finden in der zeit von 13. bis 19. dezember folgende veranstaltungen statt:

montag,	13. dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
dienstag,	14. dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
mittwoch,	15. dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
donnerstag,	16. dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
freitag,	17. dezember:	hallen-fussballturnier	19.30 uhr
		publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
samstag,	18. dezember:	hallen-fussballturnier	19.00 uhr
		handball-meisterschaft	14.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr
sonntag,	19. dezember:	hallen-fussballturnier	15.00 uhr
		faustball-meisterschaft	8.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr

fuehrungen in der stadthalle

samstag,	18. dezember:	14.00 uhr
sonntag,	19. dezember:	10.00, 11.00, 12.00 und 14.00 uhr.

+++

wochenprogramm des planetariums

5 wien, 11.12. (rk) das planetarium in der prater hauptallee (beim riesenrad) fuehrt in der kommenden woche folgende veranstaltungen durch:

dienstag, 14. dezember: sonderveranstaltung: die transparenz der atmosphaere bei verschiedenen wetterlagen, es spricht wiss. oberrat dr. Leopold Kletter, Leiter der wetterabteilung der zentralanstalt fuer meteorologie und geodynamik, wien, 19 uhr.

samstag, 18. dezember: adventgestirne 1971, 15, 17 und 19 uhr.

sonntag, 19. dezember: adventgestirne 1971, 9.30, 15, 17 und 19 uhr.

wandelgestirne (5)

grundlagenkurs im planetarium, 14taeglich, jeweils donnerstag um 19 uhr. referent: hermann mucke.

donnerstag, 16. dezember: die scheinbare bewegung der kometen.

+++

seminar ueber kostenrechnung beim schweissen

3 wien, 10.12. (rk) die allgemeine forderung nach erhoehung der wirtschaft**lichkeit** beeinflusst in steigendem masse auch die schweisstechnische forschung. der genauen erfassung aller kostenanteile kommt fuer die kalkulation eine entscheidende bedeutung zu. dabei koennen vor allem wirtschaftlichkeitsvergleiche zwischen verschiedenen schweissverfahren zur hebung der produktivitaet eines betriebes beitragen.

die technischen und kaufmaennischen gesichtspunkte bei der kostenermittlung von schweissarbeiten werden in einem seminar "kostenrechnung beim schweissen" behandelt, das am 13. und 14. jaenner 1972 in der schweisstechnischen zentralanstalt, wien 3, arsenal, objekt 207 stattfindet.

+++

unternehmensausschuss beschloss neue verkehrstarife

6 wien, 11.12. (rk) die angekuendigte tarifaenderung bei den wiener verkehrsbetrieben wurde samstag frueh vom gemeinderatsausschuss fuer die staedtischen unternehmungen mit mehrheit beschlossen. stadtrat franz nekula verwies darauf, dass im wirtschaftsplan der wiener stadtwerte fuer das jahr 1972 derzeit investitionsvorhaben der verkehrsbetriebe in der hoehe von 268 millionen schilling mangels bedeckung gesperrt sind. dadurch sind die noetigen rationalisierungen und die betriebliche weiterentwicklung gefaehrdet. der betriebsverlust fuer das jahr 1972 wuerde ohne die tariferhoehung 621 millionen schilling betragen. die vorgeschlagene aenderung wird mehreinnahmen von rund 192 millionen schilling bringen. bekanntlich wird nach der neuregelung der tagesfahrtschein 6 (bisher 5) schilling kosten, der vorverkaufsfahrtschein 5 (bisher 4) schilling. der kurzstreckenfahrtschein um 8 schilling wird kuenftig fuer vier (bisher sechs) fahrten gelten. er wird nur mehr im vorverkauf erhaeltlich sein, kuenftig jedoch auch an sonn- und feiertagen gelten. alle uebrigen tarife werden im ungefaehr gleichen verhaeltnis erhoehrt.

gleichzeitig wird der anteil der finanzverwaltung an den pensionsleistungen der stadtwerte von derzeit 75 auf 80 prozent erhoehrt. damit steigt die leistung der finanzverwaltung zugunsten der stadtwerte um 71,3 millionen auf 626,9 millionen schilling. dazu gab der ausschuss einstimmig seine zustimmung.

wie hoch die aufwendungen der stadtwerte im interesse einer ordentlichen versorgung der bevoelkerung sind, ergab sich aus einigen weiteren beschluessen des ausschusses, die durchweg einstimmig gefasst wurden. so werden noch heuer zusaetzliche vier millionen schilling fuer die stromversorgung (leitungen, hausanschluesse, netzumspanneranlagen), 13,4 millionen fuer den umbau und neubau von regleranlagen des gaswerkes und zwei millionen fuer grundkaeufe fuer das u-bahn-gelaende in heiligenstadt und fuer ein geplantes umspannwerk im raum grossenzersdorf aufgewendet.

Brände auf Naschmarkt und Südostbahnhof

Wien, 11. 12. (RK) Zwei gefährliche Brände mußte die Wiener Feuerwehr in der Nacht zum Samstag bekämpfen.

Auf dem Frachtenbahnhof Südost sind aus bisher unbekannter Ursache fünfzig Holzplatten und drei Kubikmeter Verpackungsmaterial um etwa 21 Uhr in Brand geraten, die hinter der sogenannten Wikinghalle gelagert waren. Das Feuer konnte gelöscht werden, ehe es sich ausbreitete.

Kurz nach Mitternacht kam der zweite Alarm: Brand auf dem Naschmarkt. Als die Feuerwehr eintraf, standen bereits neun Marktstände in Flammen. Es wurde Alarmstufe 2 gegeben. In einem Großeinsatz, der zwei Stunden dauerte, konnte ein Übergreifen der Flammen auf andere Marktstände verhindert werden. Die mutmaßliche Brandursache war ein Heizlüfter, der im Objekt 606-607 der Firma Rosner eingeschaltet war.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Wohlfahrtsdebatte

=====

Wien, 11.12. (RK) GR. Wölger (DFP) erklärte, der steigende Bedarf an gewissen Wohlfahrtseinrichtungen' werde durch die Stadtverwaltung nicht befriedigt. Dies gelte insbesondere für die Kindertagesheime: hier solle durch eine Elternbefragung der Gesamtbedarf an Plätzen in Wien ermittelt werden. Es wäre auch zu prüfen, ob die Plätze in den Kindertagesheimen nicht überhaupt den Kindern berufstätiger Mütter vorbehalten bleiben sollten. Dazu komme das Problem, daß in vielen Fällen die täglichen Arbeitszeiten der Mütter länger seien als die Öffnungszeiten der Kindergärten.

Zum Komplex der Heime erklärte Wölger, sicher sei der gute Wille der Heimleitungen unbestritten. Er selbst habe sich davon bei einem Besuch im Lindenhof überzeugen können. Die Schwierigkeiten entstünden jedoch durch drückende Personalnot. Außerdem dränge sich eine grundsätzliche Überprüfung der Erziehungsmethodik auf.

Schließlich die Altersfürsorge: Die durch die Tätigkeit der Wissenschaft ständig steigende Lebenserwartung bringe immer neue Aufgaben für die Gemeinschaft mit sich. Wölger lobte in diesem Zusammenhang die Bestrebungen zur Errichtung weiterer Pensionistenheime ebenso wie die Aktion "Essen auf Rädern". Trotz der dankenswert sachlichen und korrekten Haltung von Stadtrat Maria Jacobi und allen Beamten der Geschäftsgruppe gegenüber seiner Partei sei die DFP nicht in der Lage schloß Wölger, den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zuzustimmen, weil im Wohlfahrtswesen noch viel mehr getan werden müsse.

Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) weist zunächst "in eigener Sache" den von GR. Gawlik in der gestrigen Debatte erhobenen Verdacht faschistoider Gesinnung als an die falsche Adresse gerichtet zurück und betont, daß im polnischen Reichstag, von dem Freitag die Rede war, Korruption und Bestechlichkeit geherrscht habe, so daß dessen Auflösung die logische Folge gewesen sei.

Der Redner bemängelt, daß der Anteil des Sozialbudgets am Gesamtbudget von 6,3 Prozent im Jahr 1970 auf 6,1 Prozent im Jahr 1971 und auf 5,8 Prozent im kommenden Jahr zurückgegangen sei. Die knapper werdenden Mittel reichten nicht für die Lösung der zahlreichen Probleme.

Als eines der ernstesten Probleme bezeichnet Prof. Wolfram die Tatsache, daß die Ausgaben für die Dauerunterstützungen seit 1969 um 35 Prozent gestiegen seien, die Gruppe der Dauerunterstützten in Wien trotzdem seit Jahren konstant groß geblieben sei. Als außerordentlich erfreulich bezeichnet er die Steigerung der Ansätze für Wohlfahrtskrankenhilfe, die bauliche Verbesserung der Obdachlosenheime und die Erhöhung der Mietzins- und Wohn.

Ausführlich beschäftigt sich der Redner mit der Vorschul-erziehung und fordert in diesem Zusammenhang die Einführung einer Elternschulung und einer pädagogischen Mütterberatung, da die Eltern vielfach nicht imstande seien, ihre Erzieherrolle richtig zu erfüllen.

Prof. Wolfram stellt sodann die Frage, um wieviel die Beiträge für die Kindertagesheime gestiegen seien, da es auffällig sei, daß die Einnahmen aus den Kindertagesheimen sich um 32 Prozent erhöhten, die Zahl der Plätze aber nur um vier Prozent gestiegen sei. Außerdem verlangt er die Umstellung der Beitragszahlung auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr.

In einem Abänderungsantrag, den der Redner vorlegt, wird die Erhöhung des Ansatzes für bauliche Herstellungen an Kindertagesheimen von 36,3 Millionen auf 45 Millionen verlangt.

Abschließend fordert Prof. Wolfram eine Intensivierung der Tätigkeit der Sozialberatungsstellen, erkundigt sich nach dem Termin der Fertigstellung des Sozialhilfegesetzes, anerkennt, daß in Wien für die Altersbetreuung sehr viel getan werde, und bezeichnet schließlich die Erwachsenen an der immer weiter um sich greifenden Drogensucht unter den Jugendlichen als mitschuldig - und zwar durch das schlechte Vorbild, das diese mit ihrem Alkohol- und Nikotinmißbrauch der Jugend böten;

ein Haschischraucher sei für die Gesellschaft weniger schädlich als ein betrunken~~er~~ Autofahrer.

Den Budgetansätzen stimme die FPÖ-Fraktion zu.

Als nächster Debattenredner gab GR. DDr. Gräf (ÖVP) seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Jugendschutzgesetz bereits so weit gediehen sei, um in der nächsten Landtagssitzung im Entwurf vorgelegt werden zu können.

Bezüglich der vorschulischen Erziehung müßte Vorsorge getroffen werden, daß der junge Mensch einerseits nicht überfordert wird, andererseits müsse er dazu gebracht werden, sich zur Gemeinschaft und zur Leistung zu bekennen. Wer der Jugend Anstrengung erspart, leistet ihr damit keinen guten Dienst.

Im Zusammenhang mit der Steigerung der Elternbeiträge für die Kindertagesheime stellte der Debattenredner die Frage, ob etwaige Erhöhungen bereits im Budget berücksichtigt seien, die noch nicht beschlossen wurden. Für kinderreiche Familien stellen sich die Kindergartenkosten oft unzumutbar hoch. Als Beispiel führte GR. DDr. Gräf eine Familie mit fünf Kindern an, deren Einkommen 8.000 Schilling beträgt; diese Familie habe für fünf Kindergartenplätze insgesamt 3.600 Schilling zu bezahlen.

Abschließend forderte der Debattenredner die Einführung monatlicher bargeldloser Bezahlung der Kindergartengebühr sowie die Ausdehnung der ärztlichen Betreuung auch auf die privaten Kindergärten.

GR. Mayr (SPÖ) stellte fest, daß der Begriff Wohlfahrtswesen heute nicht mehr zeitgemäß sei, es sollte vielmehr Sozialwesen heißen. So erfahre der Aufgabenbereich dieser Geschäftsgruppe auf Grund seiner zahlreichen Servicemöglichkeiten von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung. Zu Problemen der Jugendfürsorge meinte der Redner: Wir müssen der Jugend helfen, ihre Zukunft zu meistern, die Zukunft bauen muß sie sich jedoch selbst.

Zum Thema Säuglingssterblichkeit: der derzeitige Prozentsatz von 2,6 wäre zu hoch. Der Redner forderte eine intensivere Betreuung der werdenden Mütter und die Einführung von eigenen genetischen Beratungsstellen.

Als überaus erfreulich bezeichnete er die Tatsache, daß schon Ende 1972 von 20 versprochenen Kindertagesheimen 18 zur

Verfügung stehen werden. Das heißt, daß Ende 1972 die Stadt Wien Müttern von 25.000 Kindern die Sorge für die tägliche Betreuung abnehmen wird können. .

Mit dem Kindergartenintensivprogramm für Begabungsförderung, das zum Ziel hat, zugunsten der Chancengleichheit für alle Kinder Milieubarrieren abzubauen, werden gegenwärtig wertvolle Erfahrungen für die vorschulische Erziehung gesammelt. In diesem Zusammenhang gab GR. Mayr auch die Anregung, daß bereits in diesem Stadium das Augenmerk auf verschiedene Schädigungen der Kinder gerichtet werden sollte.

Zum Problem heimentlassener Jugendlicher: Hier wirke sich die besonders in letzter Zeit stark forcierte Nachbetreuung durch Sozialarbeiter und Pädagogen überaus positiv aus. Fürsorger und Erzieher, die gemeinsam in der offenen Intensivbetreuung arbeiten, konnten gerade bei Gesprächen mit kontaktgestörten Jugendlichen beachtenswerte Erfolge erzielen.

Zum Thema Betreuung der Heimpfleglinge meinte der Debattenredner, daß es freilich wesentlich besser für die Jugendlichen wäre, wenn diese erst gar nicht in Heime eingewiesen werden müßten. Die Schuld dafür sei sehr oft im Elternhaus zu suchen.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) verwies auf den Personalmangel in der Sozialarbeit: Es sei zu überlegen, ob man nicht Pensionisten - am besten ehemalige Fürsorgeräte - zeitweise in der Sozialarbeit einsetzen sollte. Damit könnte auch die bedauerliche zeitliche Begrenzung bei der Inanspruchnahme des sozialen Notrufs beseitigt werden.

Ein Personalproblem bestehe auch bei der Hauskrankenpflege und beim Heimhilfedienst. . Da noch für lange Zeit nicht mit einem ausreichenden Angebot an Alterskrankenhäusern und -pflegeheimen gerechnet werden könne, sollte die Werbung für einschlägiges Personal zur Verstärkung der bestehenden Dienste intensiviert werden.

Hinsichtlich der Pensionistenklubs und der Schiffsfahrten auf der Donau für alte Menschen wendete sich die Rednerin gegen, wie sie sagte, parteipolitische Praktiken: Es müsse vermutet werden, daß mit öffentlichen Geldern unter dem Titel der Pensionistenklubs auch sozialistische Parteilokale adaptiert

würden. Bei einer Schiffsfahrt für alte Menschen wiederum, die knapp vor der letzten Nationalratswahl stattgefunden habe, seien die Teilnehmer plötzlich im Besitze von Taschentüchern gewesen, die als Verzierung eine rote Nelke getragen hätten.

Schließlich ging GR. Härtel noch auf die Probleme ein, die sich durch die kalte Jahreszeit für die alten Menschen ergeben: Sehr oft müsse die Feuerwehr ausrücken, weil sich alte Menschen durch unsachgemäße Handhabung von Heizungseinrichtungen selbst in Gefahr brächten. Nun gebe es aber ein absolut gefahrenfreies Heizgerät auf dem Markt, nämlich einen elektrischen Ölradiator mit Thermostat. Dieses Gerät verursache keine höheren Betriebskosten als herkömmliche Heizmethoden und stelle sich in der Anschaffung auf rund 1.200 Schilling. Die Rednerin regte an, das Wohlfahrtsamt solle alten Menschen einen Zuschuß für die Anschaffung dieses Gerätes gewähren.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) befaßt sich mit den Schwerpunkten der Erwachsenenfürsorge in Wien. Ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Österreichs setze sich aus Menschen über sechzig zusammen, 61 Prozent von ihnen seien Frauen. Menschen über 65 stellen 14 Prozent der Gesamtbevölkerung; deren Zahl werde in den nächsten Jahren noch größer werden. Erst gegen 1980 sei eine Änderung dieses Verhältnisses zu erwarten. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, der Jugend die Probleme der älteren Menschen nahezubringen und damit um mehr gegenseitiges Verständnis zu werben.

Die Rednerin führt vor allem das Fehlen direkter menschlicher Kontakte, das Fehlen einer Aussprachemöglichkeit von Mensch zu Mensch als Hauptgrund für die Vereinsamung der älteren Menschen an. Durch die Einrichtungen der Technik werde deren Einsamkeit noch verstärkt. Deshalb könne gerade bei den vielen Aktionen und Einrichtungen der Wiener Erwachsenenfürsorge von großen sozialen Taten gesprochen werden: Ob es nun die Pensionistenheime oder die Pensionistenklubs seien, ob es die Aktion "Essen auf Rädern" oder die Landaufenthaltsaktion sei - alle diese Aktionen fördern die menschlichen Kontakte in großartiger Weise. Die Landaufenthaltsaktionen etwa, gehen weit über den Rahmen ähnlicher Aktionen hinaus, ebenso die Ausflugsaktionen für

Pensionistenklub-Besucher und die Schiffahrten für alte Leute. Die Sozialberatungsstellen seien sehr gut besucht, denn auch diese Einrichtungen kämen dem Bedürfnis der alten Menschen nach mehr Aussprachemöglichkeiten besonders gut entgegen.

In diesem Zusammenhang weist Frau Szöllösi auf die - private - Initiative einer Frau in der Bundesrepublik Deutschland hin, die sich in einer Annonce mit den Worten "Ich habe Zeit" als Gesprächspartnerin für einsame Menschen anbietet. Die Rednerin regt an, zu untersuchen, ob es nicht möglich wäre, eine ähnliche Aktion seitens der Stadt Wien zu starten.

In Ihrem Schlußwort stellte Stadträtin Maria Jacobi fest, daß zur Erueierung der erforderlichen Kindergartenplätze keine Elternbefragung notwendig sei, dazu genügen die Geburtszahlen. Angestrebt wird, für jedes Kind im Alter von fünf Jahren einen Kindergartenplatz bereit zu haben.

Von den Kindergärten sind viele bereits ab 6 Uhr früh geöffnet, dreizehn halten bis 18 Uhr offen.

Die verstärkte Bekämpfung der Armut ist daraus ersichtlich, daß der dazu erforderliche Aufwand von 2,8 auf 9 Millionen Schilling erhöht wurde.

Erziehungsberatungsstellen: Leider gelingt es nicht immer, jene Eltern zum Besuch der Beratungsstellen zu bringen, die eine Schulung dringend nötig hätten. Es wird versucht, durch Fürsorgerinnen mit diesen Eltern Kontakt zu bekommen.

Vorschulung: Die Vorschulung in den Kindergärten ist ein Versuchsprogramm, das erst nach drei Jahren abgeschlossen sein wird. Nach dem ersten Jahr können noch keine endgültigen Resultate vorgelegt werden. Die Durchführung dieses Programmes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Wiener Stadtschulrat.

Erhöhte Einnahmen aus den Elternbeiträgen: Die Einnahmen erhöhen sich aus mehreren Gründen, so sind um 1800 Kinder mehr, und viele Eltern kommen in eine höhere Lohnstufe.

Bauaufwand: Zur Verringerung des Bauaufwandes kommt es, weil durch Fertigteilbauweise die Baukosten gesenkt werden konnten. Ein Kindertagesheim mit fünf Gruppen, dessen Errichtung früher 9,5 Millionen Schilling gekostet hat, stellt sich dadurch auf nur 6,5 Millionen. Leider kann vorläufig nicht mehr gebaut werden, weil nicht genug Personal vorhanden ist, die Personalsituation werde sich aber bald bessern.

Sozialhilfegesetz: Seine Fertigstellung hängt davon ab, wie lange die Begutachtung dauert. Wahrscheinlich wird es im Herbst in den Landtag kommen.

Abstimmung: Die Ansätze des Wohlfahrtsbudgets wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt.

Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Überreichung des Großen Silbernen Ehrenzeichens
=====

Wien, 11.12. (RK) Im Roten Salon des Wiener Rathauses wird Landeshauptmann Felix Slavik kommenden Mittwoch, den 15. Dezember, um 15 Uhr, dem bekannten Wissenschaftler em.o. Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. Dr. h.c. Anton Grzywiński das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichen.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu dieser Überreichung Berichterstatter und Photoreporter zu entsenden.

Bitte, merken Sie vor:

Zeit: Mittwoch, 15. Dezember, 15 Uhr

Ort: Roter Salon des Wiener Rathauses

- - -

Richtigstellung
=====

Auf Blatt 3552 der Rathaus-Korrespondenz vom 10. Dezember soll es hinsichtlich eines Antrages der FPÖ im Diskussionsbeitrag von GR. Dr. Hirnschall richtig heißen: „...daß die Gehaltsansätze der Spitzenbeamten der Klasse A/EG künftighin in die allgemeine Besoldungsliste aufgenommen werden sollten.“

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)Gesundheitsdebatte
=====

Wien, 11.12. (RK) GR. Wölger (DFP) urgiert einen Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung einer zentralen Stelle im Pressedienst, die die oft unrichtigen, Ärzte und Pflegepersonal diffamierenden Zeitungsmeldungen sofort berichtigt. Die Diskussion um die Form und die notwendige Umorganisation unseres Gesundheitswesens und die gesundheitliche Betreuung nehme kein Ende, ist sie doch letzten Endes eine Frage, die uns alle angeht. Nach Ansicht des Redners würde sich eine entsprechende Bezahlung von Ärzten und Pflegepersonal günstig auswirken. Dem Pflegepersonal könne man die großen Erschwernisse dieses Dienstes nur durch entsprechend hohe Gehälter abgelten.

Als wesentliche Fragen, um deren Beantwortung der Redner den Stadtrat ersucht, bezeichnet er folgende: ist zu jeder Stunde für jeden unserer Mitbürger ein Arzt erreichbar, steht jederzeit für jeden ein Spitalsbett zur Verfügung und gibt es so viele praktische Ärzte oder Ambulatorien, daß die Patienten entsprechend behandelt werden können? Welche Möglichkeiten gibt es zur Verbesserung des Ärztenotdienstes und was geschieht zur rascheren Modernisierung und Vermehrung der Bettenzahl der Altersheime?

Bei der Besetzung von Primariaten und leitenden ärztlichen Positionen dürfte man bei Bund und Gemeinden nicht nach politischen Gesichtspunkten vorgehen, sondern müßte die Stellen nach den Qualitäten der Bewerber besetzen. Der Redner schließt mit dem Dank an Ärzte und Pflegepersonal.

GR. Krenn (FPÖ) beschäftigte sich sehr eingehend mit den prophylaktischen Möglichkeiten im Kampf gegen die häufigsten Krankheiten.

Die Einrichtung fahrbarer Herzstationen sei sehr begrüßenswert, jedoch müßte noch viel mehr zur Aufklärung über Symptome und richtige Ernährung getan werden.

Die Arbeit der Gesundenuntersuchungsstellen, noch dazu jetzt mit verkürzter Wartezeit, ist vorbildlich. Personalprobleme sollten jedoch nicht ausschlaggebend sein, daß diese Untersuchungsstellen nicht weiter ausgebaut werden können.

Begrüßenswert war die Anti-Raucher-Kampagne der Ärztekammer, bedauerlich die mangelhafte Beteiligung der Stadt Wien daran. Der Redner erwähnte, daß die Austria-Tabakwerke derzeit fieberhaft an der Entwicklung einer nikotinfreien Zigarette arbeiten.

GR. Krenn sprach die Hoffnung aus, daß die Erhöhung der Tabakpreise weitere Raucher abschrecke und die gewonnenen Steuermittel für Präventivmaßnahmen eingesetzt werden. Auch hinsichtlich Lärm- und Abgasbekämpfung forderte der Redner energische Maßnahmen.

In Wien sei die Zahl der Geschlechtskranken 1970 mit 3.880 Fällen auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Tourismus, steigende Gastarbeiterzahl und Gruppensex seien wesentliche Faktoren für diese Erscheinung.

Krenn deponierte dann einen Antrag, der dringende Maßnahmen zur Einschränkung der Straßen- und Geheimplönderei und eine Überprüfung des seinerzeitigen ÖVP-Antrages auf Einrichtung öffentlicher Häuser forderte.

Ausführlich befaßte sich GR. Krenn mit den Gastarbeitern unter dem Aspekt einer Infektionsquelle für anzeigepflichtige Krankheiten und Ungeziefer. So hätten Untersuchungen ergeben, daß 30 Prozent der türkischen Arbeiter an Wurmbefall der verschiedensten Arten leiden. Im Hinblick auf die weitere Einstellung von Gastarbeitern, insbesondere auch von Tunesiern - stellte Krenn namens der FPÖ einen zweiten Antrag, wonach Gastarbeiter vor ihrer Einstellung einer parasitologischen Untersuchung unterzogen werden sollen.

Aus sanitären Gründen sprach sich der Redner grundsätzlich gegen die Selbsthaftmachung und Einbürgerung von Arbeitern aus der Türkei oder aus Tunesien, aber auch von Schwestern aus Korea aus. (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Nur die Herrenrasse gehört hierher!")

Schließlich stellte Krenn noch eine Anfrage an Gesundheitsstadtrat Dr. Glück bezüglich der angekündigten Gespräche mit der Gebietskrankenkasse.

Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) beschäftigte sich mit der Bedeutung der vorbeugenden Behandlung. Seiner Meinung nach bestehe in der regelmäßigen ärztlichen Betreuung der Kinder zwischen dem Säuglingsalter und dem Beginn der Pflichtschule - mit Ausnahme jener, die einen Kindergarten besuchen - eine gewisse Lücke. Es sollte daher auf die Eltern eingewirkt werden, ihre Kinder auch in diesem Lebensabschnitt regelmäßig ärztlich untersuchen zu lassen. Erstmals habe Wien im Vorjahr bei den Schülern der vierten Klassen Volksschule beziehungsweise den Absolventen des Polytechnischen Jahrganges auch Harnproben untersuchen lassen.

Blaschka meinte sodann, es sei bedauerlich, daß Wien kein Hallenschwimmbad besitze, das für Körperbehinderte geeignet sei. Er stellte einen entsprechenden Antrag.

Die Lungentuberkulose weise weiterhin eine rückläufige Tendenz auf und die Reorganisation des Rettungswesens sei durch den Um- beziehungsweise Neubau von Stationen nun abgeschlossen. Die letzte Bilanz des Rettungsdienstes: 37.700 Ausfahrten mit 383.000 Kilometer. Im gleichen Zeitraum wies der Krankenbeförderungsdienst etwa 70.000 Ausfahrten und 993.000 Kilometer auf.

Dr. Zeman (SPÖ) regte an, in einem Wiener Spital eine eigene Spezialabteilung für die Behandlung frischer Schlaganfälle einzurichten. Für diese Spezialabteilung käme das Krankenhaus Rosenhügel in Frage. Wie wichtig und dringend eine derartige Einrichtung sei, versuchte Dr. Zeman durch Zahlen zu untermauern. In Wien würden monatlich rund 130 frische Schlaganfälle gezählt. Eine eigene Abteilung zur bestmöglichen Behandlung sei daher durchaus vertretbar.

Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung sei Wien beispielgebend und führend. Während in den übrigen österreichischen Bundesländern die Selbstmordrate in den letzten Jahren sehr stark gestiegen ist, sank sie in der Bundeshauptstadt. Dies sei vor allem auf die Verhütungs- und Behandlungszentren zurückzuführen. Dr. Zeman regte an, auch die Selbstmordprophylaxe in den Gesundheitsdienst einzugliedern und nicht privaten Stellen zu überlassen.

Zum Schwesternproblem: er sehe das Hauptproblem des Schwesternmangels darin, daß die Aufnahme in die Schwesternschulen erst vom 17. Lebensjahr an erfolgen kann. Dadurch werden viele Mädchen abgeschreckt, diesen Beruf zu ergreifen, weil die Kontinuität nach Absolvierung der Pflichtschule nicht gegeben ist. Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, den Schulbesuch bereits mit 15 Jahren zu ermöglichen, sei in Arbeit. Er verspreche sich sehr viel davon. Dr. Zeman würdigte die Leistung der Stadt Wien, die in manchen Spitälern für die Ausbildung der diplomierten Krankenschwestern pro Person mehr als 100.000 Schilling im Jahr ausgibt.

Nach einem Lob der Gesundenuntersuchungsstellen und der modernsten Methoden hob Dr. Zeman die Bemühungen um die Erarbeitung einer neuen Früherkennungsmethode bei Krebs hervor. Ein ganz neues Verfahren, das eine Pionierleistung für die ganze Welt darstelle sei in Ausarbeitung und könne vielleicht in Zukunft helfen, die Todesrate bei dieser Krankheit noch wesentlich zu senken.

GR. Dr. Tuma (DFP) appelliert einleitend an die Mütter, den Kindern bereits in den ersten Monaten ihres Lebens nicht mehr Nahrung aufzuzwingen als sie brauchen. Die Grundlagen für Fettsucht würden bereits in den ersten Lebensmonaten gelegt und das übersetzt sich dann auf Alkohol, Zigarettenkonsum usw.

Die Einnahmen der Gruppe V haben sich um 36 Prozent erhöht, die Ausgaben jedoch nur um 11,9 Prozent, wobei zu beachten ist, daß sich das gesamte Wiener Budget um 16,1 Prozent erhöht hat. Das heißt also, daß das Gesundheitsbudget weit unter dem Durchschnitt bedacht wurde.

Bei den ärztlichen Erfordernissen steigen die Ansätze jedoch um 59 Prozent. Wieso? Weitere Fragen: Warum sind bei den Desinfektionsanstalten die Ansätze für Hauptbezüge geringer, jene für

Nebenbezüge aber höher als 1971 und wie kommt es dazu, daß die Jugendzahnkliniken mit einem 111prozentigen Gewinn budgetiert werden?

Bei den Psychiatrischen Krankenhäusern sinken die Ausgaben für bauliche Herstellungen konstant. 1970 waren es noch 15,7 Millionen, 1971 waren 14,3 Millionen veranschlagt, für 1972 sind es aber nur mehr 11,6 Millionen. Dabei haben wir gehört, daß ein weiterer Ausbau gerade auf diesem Gebiet dringend notwendig wäre. Beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst müßte man ebenso wie bei den Verkehrsbetrieben an die Einführung des Null-Tarifes denken, da die veranschlagten Einnahmen ohnedies nur zwei Drittel der tatsächlichen Kosten decken.

Als problematisch bezeichnet es der Redner, daß für die Ausgestaltung der Ober-Laaer Grünanlage im Voranschlag 115 Millionen Schilling vorhanden sind, die Ansätze für Bauten für unsere alten Menschen aber sinken. Einem solchen Budget könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Lehner (ÖVP) replizierte zunächst ganz kurz auf die Ausführungen von GR. Krenn über die "Wanderarbeiter": Wir brauchen doch die Gastarbeiter, rief er unter Beifall der beiden großen Fraktionen in den Saal. Außerdem müsse er, so fuhr Lehner fort, auch auf das Schlußwort von Frau Jacobi zurückkommen: Es stimme nicht, daß die Volkspartei bezüglich der Pensionistenklubs von der Gemeinde ebenfalls partizipiere. Denn von 125 Klubs seien lediglich zwei - und das als Untermieter - in Gemeindehäusern untergebracht. Für seine Fraktion sei es am Rande des noch erträglichen, daß die Stadtverwaltung als Untermieter in von der SPÖ gemietete Gemeindelokale gehe und diese renoviere.

Lehner beschäftigte sich sodann mit der Abteilung von Primarius Rett und wies darauf hin, daß 1920 von 100 monogloid Geborenen 80 gestorben seien, während in den letzten fünf Jahren von 1.590 gehirngeschädigten Kindern 57 gestorben seien. In diesem Zusammenhang regte Lehner an, die Vereine "Lebenshilfe" und "Jugend am Werk" besser als bisher zu subventionieren. Auch die finanzielle Situation der Wiener Privatspitäler müsse als bedrohlich bezeichnet werden. Obwohl sie für die Bevölkerung

4.000 Betten zur Verfügung stellten und damit eine wichtige Aufgabe im öffentlichen Interesse erfüllten, sei die öffentliche Förderung dieser Spitäler doch sehr gering. Eine besondere Belastung stelle der Zoll für medizinische Apparaturen, die zum größten Teil aus dem Ausland kämen, dar. Die Privatspitäler müßten nämlich im Gegensatz zu den städtischen Krankenhäusern, für diese Geräte Zoll bezahlen. Lehner machte dann aufmerksam, daß derzeit etwa 80 Plätze in den Wiener Krankenpflegeschulen frei seien und stellte sodann einen Antrag: Der Finanzreferent und der Gesundheitsreferent sollten ein gesundheitspolitisches Förderungsprogramm Wiens mit entsprechender Rangordnung ausarbeiten und der neuen Gesundheitsministerin Dr. Leodolter überreichen.

Die Stadt Wien gebe für das Gesundheitswesen sehr viel Geld aus, der große finanzielle Abgang werde in der nächsten Zeit aber auch eine Erhöhung verschiedener Gebühren notwendig machen, stellte GR. Nimmerrichter (SPÖ) fest. Er appellierte an die ÖVP, nicht nur zu fordern, sondern auch daran zu denken, woher das Geld genommen werden kann.

In den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages stellte Nimmerrichter den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses und die Sanierungen und Umsiedlungen im alten Allgemeinen Krankenhaus. Gerade weil das alte Allgemeine Krankenhaus in vollem Betrieb steht, sei der Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses besonders schwierig. Immer wieder werde die Frage gestellt, warum man noch große Investitionen im alten AKH tätige, wenn sowieso das neue gebaut wird. Dies sei aber unbedingt notwendig, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Immerhin werde es noch voraussichtlich zehn Jahre dauern, bis das neue Allgemeine Krankenhaus fertig ist.

Nach einer Übersicht über andere Krankenhausneubauten und Sanierungsarbeiten an Spitälern in Wien und einer Aufschlüsselung der einzelnen Baustufen des neuen Allgemeinen Krankenhauses schloß Nimmerrichter mit dem Dank an alle, die mitgeholfen haben, die Schwierigkeiten bei Umbauten oder Neubauten zu überwinden und trotz Behinderungen der Bevölkerung in optimaler Form zu dienen.

Stadtrat Dr. Glück dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre Beiträge und Anregungen. Zu den unrichtigen Pressemeldungen: Leider stellen sich erste Pressemeldungen oft als falsch heraus. Berichtigungen werden aber - wenn überhaupt - an einer Stelle gebracht wo sie kaum jemand beachtet.

Besetzung von Primararztstellen: Wir haben für diese Bestellungen ein hervorragendes Organ, nämlich den Landes-sanitätsrat, und man kann sagen, daß unsere Primariate mit international anerkannten Fachkräften besetzt sind.

Ärztlicher Notdienst: Es bestehe kein Mangel an Ärzten, da für einen 12-Stunden-Dienst immerhin 1.500 Schilling bezahlt werden.

Der Nikotinguß spiele natürlich bei vielen Krankheiten eine große Rolle, so vor allem bei Gefäßkrankheiten, Herzkrankheiten und natürlich beim Lungenkrebs. Der Referent verweist auf die Vorschläge des europäischen Kongresses für Volksgesundheit, die nicht nur diskutiert werden müßten, sondern auch angewendet. Es wurde für die europäischen Länder vorgeschlagen, die Tabakwerbung einzustellen und in allen öffentlichen Gebäuden eindeutig gegen das Rauchen Stellung zu nehmen. Ebenso wäre das Rauchen in den Nahverkehrsmitteln zu untersagen. (Zwischenrufe: Selbstverständlich auch im Gemeinderatssitzungssaal). Zum Vorschlag, die Unkosten der durch das Rauchen verursachten Krankheiten auszurechnen, erklärte der Stadtrat, er könnte sich vorstellen, daß im Rathaus mit der Realisierung dieser Vorschläge begonnen werden könnte.

Die Gesundenuntersuchungen haben sich in Wien sehr bewährt. Im Moment sind keine Wartezeiten zu verzeichnen, das sei natürlich auch dafür ausschlaggebend, daß derzeit von einem weiteren Ausbau Abstand genommen wird. Es stehen außerdem ja auch die Zentralambulatorien und die Ambulatorien der Sozialversicherungen zur Verfügung. Wichtig erscheint, daß im Rahmen der Gesundenuntersuchungsstellen auch zwei Zentralen für zur Früherkennung von Brustkrebs bestehen.

Der Gesundheitsstadtrat zitierte dann aus einer Schweizer Zeitschrift einen Bericht, demzufolge es in den Schweizer Spitälern zu einer echten Krise gekommen sei. Es gäbe also auch anderswo

spürbare Schwierigkeiten, meinte Glück. Was die Gastarbeiter anlange, so sei er der Meinung, daß man auf keinen Fall gegen sie mit Härte vorgehen dürfe. Wenn ein Gastarbeiter in Österreich krank werde, so sei es selbstverständlich, daß er hier auch wieder gesundgepflegt und nicht abgeschoben werde, erklärte Glück unter dem Beifall der beiden großen Fraktionen.

Die Verhandlungen mit der Gebietskrankenkasse über eine prästationäre Untersuchung sei leider bisher ohne Ergebnis geblieben, fuhr Glück fort. Bei den letzten Besprechungen hätten die Vertreter der Kasse erklärt, sie könnten dafür kein Geld aufwenden, würden jedoch nochmals interne Beratungen pflegen. Seither habe er nichts mehr darüber gehört. Was die Drogensucht anlange, müsse man zwischen einer Kerngruppe - jene, die auch andere Jugendliche animieren zum Trunkgenuß - und einer Randgruppe - gleichsam die Verführten und Neugierigen - unterscheiden. Nach wie vor sei aber der Alkohol das Suchtgift Nummer eins und viele Alkoholiker kämen zu spät in ärztliche Behandlung.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt. Die eingebrachten Anträge werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Beratungen werden Montag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI, Planung (Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann, SPÖ) und im Anschluß daran mit der Geschäftsgruppe VII, Hochbau (Referent Stadtrat Hubert Pfoch, SPÖ) fortgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -